aber von Neuem, ernstlich und ohne alle Rücksicht auf persönliche Neigung oder Abneigung zu prüfen, was in der jetzigen politischen Lage für mich zu thun Pflicht sei. Zahllose schriftliche und mündliche Wünsche und Aufforderungen haben sich von anderer Seite den Ihrigen und denen der dortigen Freunde angeschlossen und meinen Entschluß zu erschüttern gesucht. Ob Sie und Andere Recht haben, wenn Sie annehmen, daß ich unter den heutigen Verhältnissen durch meine Anwesenheit im Parlamente dem Vaterlande etwas Wesentliches nützen kann, wer will das im Voraus mit Sicherheit entscheiden? Jedenfalls bin ich nicht rechthaberisch oder eigenwillig genug, um in solcher Lage allein meinem Urtheil oder meiner Neigung zu folgen. So habe ich es schließlich für meine Pflicht ansehen müssen, einer Thätigkeit mich nicht zu entziehen, auf welche viele von mir wohlgeschätzte Freunde mit einem mich in meinem bisherigen öffentlichen Leben hochehrenden Vertrauen bestimmten Anspruch erhoben haben. Ihr freundschaftlich ergebener

Hannover, 18. October 1879. R. v. Bennigsen.

Daß der Reichskanzler sich lebhaft für die Bildung einer conservativ-liberalen Mittelpartei interessirt, geht aus dem jetzt von der officiösen Presse angeschlagenen Tone hervor; ob aber Bennigsen im Stande sein wird, dieselbe wirklich ins Leben zu rufen, diese Gewißheit zu geben, ist zur Stunde noch unmöglich. Die Partei muß die Initiative der Regierung abwarten, bevor sie die Linien ihrer Politik für die beginnende parlamentarische Campagne vorzeichnet. Uebrigens wird jetzt bekannt, daß die Wahl des Abgeordneten von Bennigsen zum Präsidenten des Abgeordnetenhauses in den Kreisen der Frei- und Neuconservativen täglich an Boden gewinne. Aus der Sprache der altconservativen Blätter dagegen, wie „Kreuzzeitung" und „Reichsbote", ist zu entnehmen, daß in diesen Kreisen die Candidatur Bennigsen's auf entschiedensten Widerstand stößt. Am Montag und Dienstag treten sämmtliche Fractionen zu ihren ersten Berathungen zusammen; die Frage der Präsidentenwahl wird dabei in erster Linie stehen.

Das Leichenbegängniß des Staatsministers v. **Bülow** gestaltete sich — so schreibt man uns aus Berlin — durch die Anwesenheit des Kaisers, der Mitglieder der kaiserlichen Familie, sowie der Würdenträger der Krone und unter dem Andrange des Publicums zu einer wahren Ovation für den Verewigten. „Die Leiche, die bereits vor 2 Tagen nach Berlin überführt war, ruhte in einem einfachen Sarge, der mit Blumen, Kränzen und Palmzweigen bedeckt war. Rechts und links vor dem niedrigen Katafalke befanden sich Sessel für die hohen Leidtragenden; die Familie selbst hatte unmittelbar vor dem Sarge Platz genommen. Unter den vielen Persönlichkeiten, die dem Verblichenen die letzte Ehre erwiesen, erschienen zuerst der Inhaber der obersten Hof-Charge Graf v. Redern, sodann Feldmarschall Graf v. Moltke, Fürst Radziwill, Graf Lehndorff und außerdem viele Stabsofficiere der Armee und Marine; von den Ministern waren zugegen der Exminister Dr. Falk in einfachem schwarzen Anzuge und sein Nachfolger Hr. v. Puttkamer in großer Staatsuniform; ferner bemerkte man die Herren Dr. Lauer und Langenbeck, Herrn v. Hülsen, den Grafen v. Perponcher, die Herren v. Madai und Geheimen Rath v. Bardeleben und viele hohe Ministerialbeamte, Staatsräthe und Mitglieder des Bundesraths. Das diplomatische Corps war u. A. vertreten durch die Repräsentanten Oesterreich-Ungarns, Frankreichs, Italiens, der Türkei, Chinas, der Vereinigten Staaten ꝛc. Mit dem Erscheinen des Kaisers — in Begleitung der Prinzen Karl und August von Württemberg — an dem Eingange der Kirche, empfangen von einem Sohne des Verstorbenen und zum Sarge geleitet, begann der Chor den Gesang: „Selig sind die Todten", worauf General-Superintendent Dr. Büchsel die Leichenrede hielt. Er führte das Leben des Staatsministers von Bülow vor als „das eines Fremdlings auf Erden auf der Reise nach der Heimath". Trotz der Parteiströmungen sei er fest geblieben im Gottvertrauen. U. A. führte Herr Büchsel an, er habe in hochgebildeten Kreisen Berlins selten einen solchen Menschen gefunden, der so klar theologisch denken konnte, wie er. Deshalb habe er auch dem Tode ruhig entgegengesehen und sei als guter Christ ins Jenseits hinübergegangen. Nach Einsegnung der Leiche hob man den Sarg auf einen mit 6 Pferden bespannten Leichenwagen, dem voran die Orden des Herrn von Bülow getragen wurden. Direct hinter dem Sarge folgten die Söhne desselben, sodann 2 sechsspännige und 3 zweispännige königliche Galawagen, denen sich zahlreiche andere anschlossen. Der Zug bewegte sich nach dem Zwölfapostelkirchhof, woselbst die Beisetzung an der Seite seiner Tochter erfolgte." Wir fügen dem Berichte unseres Correspondenten ein „Requiescat in pace" für den Verewigten hinzu.

Das deutsche Reich hat auf den überseeischen Stationen seiner Marine wichtige Interessen zu vertreten. Hervorheben wollen wir, daß die Verhältnisse auf den in letzter Zeit viel genannten **Samoa-Inseln** noch immer keine gute Wendung genommen haben. Die bittere Fehde zwischen den sich feindlich gegenüberstehenden Parteien der Eingebornen, welche um die Herrschaft ringen, dürfte voraussichtlich bald zu einem kriegerischen Ausbruch führen, in welchem auch die Gefährdung der Interessen unserer Landsleute auf den Inseln zu befürchten ist. Leider handeln die beiden Hauptmächte, welche auf den Samoa-Inseln vertreten sind, Deutschland und die Vereinigten Staaten, noch immer nicht einheitlich. In der Zwischenzeit ist unser neuernannter Generalconsul Corvetten-Capitän Zembsch auf Upolu eingetroffen und hat die ihm übertragenen Geschäfte übernommen. Sir Arthur Gordon, der britische Gouverneur der Fidschi-Inseln, wollte es sich nicht nehmen lassen, ihn persönlich ans Land zu geleiten. Ein glücklicher Zufall wollte es, daß die beiden Beamten, auf deren gegenseitiges Verhalten so viel ankommt, von San Francisco nach der Südsee auf einem Dampfer fuhren und so Gelegenheit hatten, sich gegenseitig genauer kennen zu lernen.

China und **Japan** sind bekanntlich durch Gesandte am Berliner Hofe vertreten, doch soll der japanische Gesandte, Aoki, von seinem Posten abberufen sein. Derselbe weilt augenblicklich in seiner Heimath, wohin er angeblich berufen war, um seiner Regierung bei den Verhandlungen wegen Neuregelung der handelspolitischen Verhältnisse mit den fremden Mächten Beistand zu leisten. Herr Aoki war von der Regierung in Jeddo seiner Zeit beauftragt worden, den Entwurf eines neuen Handelsvertrags mit Deutschland auszuarbeiten, dessen Annahme in Folge der in Japan zur Geltung gelangten Schutzzollrichtung jedoch fraglich ist. Herr Aoki, welcher sich in Berlin mit einer jungen Dame aus altadeliger deutscher Familie vermählte, welche ihn auf seiner jetzigen Reise begleitet, dürfte vielleicht wegen seiner Heirath mit einer Europäerin in Japan mißliebig geworden sein; denn auch von dem Prinzen Kita Schirakawa behauptete man, daß er von Berlin in Folge seiner Verlobung mit einer deutschen Baronesse abberufen wurde.

Die Gesammtsituation in der altpreußischen **Generalsynode** ist der Art, daß alle aufrichtigen Freunde der Kirchenverfassung nur wünschen können, die Session möchte so schnell und so resultatlos wie möglich verlaufen. „Was zunächst die Zusammensetzung der General-Synode betrifft — berichtet unser Berliner Correspondent — so ist die von der Verfassung beabsichtigte Vertretung aller kirchlichen Richtungen auf der Generalsynode allein in der Provinz Preußen zum Ausdruck gekommen. Dort hat die Provinzialsynode streng nach der Stärke der dort vertretenen Richtungen ihre Wahlen zu der Generalsynode vorgenommen. In allen Provinzen haben die Majoritäten mehr oder minder rücksichtslos zurückgedrängt. Sämmtliche Vorlagen des evangelischen Oberkirchenrathes tragen den Stempel des noch zögernden, aber doch entschiedenen Rückzuges von dem Gemeindeprincip der Kirchenverfassung. Diese Vorlagen werden nun aber von der confessionellen und der, der positiven Union (Hofpredigerpartei) angehörenden Majorität in einer Weise amendirt, daß sie für jeden Freund der Entwickelung in der Richtung des Gemeindeprincips unannehmbar werden. Die von den Confessionellen, mehr aber noch von der Hofpredigerpartei öffentlich und an maßgebender Stelle betonten Fragen der geringeren oder größeren Dogmengläubigkeit spielen in den Verhandlungen absolut keine Rolle. Pastorenkirche oder Gemeindekirche, das ist die Frage, die in den verschiedenen Variationen wiederkehrt. Daher erklärt sich die Erscheinung, daß nicht selten die als orthodox bekannten, aber in der Presbyterialverfassung aufgewachsenen Rheinländer mit der kleinen ost- und westpreußischen Minorität zusammenstimmen. Daß die Majorität im Ganzen doch nicht so stürmisch auftritt, als man angenommen hat, dürfte sich wohl auf ihr Verhalten zu Herrn v. Puttkamer zurückführen lassen. Die erste Gelegenheit, bei welcher der Herr Cultusminister in der Synode das Wort ergriff, benutzte er, um Herrn Kögel zu danken dafür, daß er ihm keine Verlegenheit bereitet habe, und das Streben, dem geliebten Cultusminister keine Schwierigkeiten zu bereiten, ist wohl der stärkste Zügel für die Ausschreitungsgelüste der Herren v. Kleist-Retzow, Stöcker, Kögel u. Genossen. Uns will es scheinen, als ob für die Haltung der Parteien außerdem noch maßgebend ist das dunkle Vorgefühl einer Veränderung der Windrichtung von oben her. Dem entsprechend ist die eine Richtung bestrebt, unter Dach zu bringen, was immer möglich, während die andere wünschen muß, daß so wenig wie möglich zu Stande kommt."

Ueber den angeblichen Rücktritt des preußischen Cultusministers sind eine Unzahl von Versionen im Schwange, deren Wiedergabe eine Sisyphusarbeit wäre. Wir glauben, erst die beginnenden Landtagsverhandlungen werden die Entscheidung bringen. Aber selbst im freiconservativen Lager ist man mit den Grundsätzen des Ministers **v. Puttkamer**, soweit sie sich auf die starre Durchführung des confessionellen Systems in der Schule beziehen, nicht ganz einverstanden. Es verdient ein Artikel der „Post" beachtet zu werden, worin es bei Besprechung der Verfügung des Ministers in dem Elbinger Fall heißt: „Es tritt dabei eine so ausschließliche Betonung des confessionellen Princips zu Tage, wie sie dem altpreußischen Schulrecht fremd ist. Denn wenn dieses weit davon entfernt ist, die Simultanschule grundsätzlich zu fördern, so ist es eben so weit entfernt von der principiellen Ausschließung desselben, läßt es vielmehr nach den besonderen Umständen des Falles zu. Die allgemeine Politik sucht in den gemäßigten Elementen beider Richtungen ihre Stütze. Denn die Durchführung von Grundsätzen in der Schulverwaltung, wie sie im Elbinger Fall hervortreten, würde ganz ohne Zweifel das Zusammenwirken jener Elemente mit der Regierung ernstlich gefährden und das Centrum zum Herrn der Situation machen." Es ist dies nicht das erste Zeichen, daß die freiconservative Partei sich allmälig ihrer guten Traditionen zu erinnern beginnt.

* * *

Die Beziehungen **Oesterreichs** zu dem deutschen Reiche finden in dem cisleithanischen Parlamente volle Würdigung. In dem bereits signalisirten Adreßentwurf der Majorität des Ausschusses des Abgeordnetenhauses heißt es: „Wir werden es mit großer Freude begrüßen, wenn die neuerdings eröffnete Aussicht auf eine günstige Regelung der Verkehrs- und Handelsverhältnisse mit dem deutschen Reiche sich verwirklichen und dadurch die Besorgniß vor einer neuen Schädigung von unserer Production abgewendet werden sollte." Der Adreßentwurf der Minorität sagt wörtlich: „Das Abgeordnetenhaus hat mit ungetheilter aufrichtiger Befriedigung vernommen, daß die guten Beziehungen Oesterreichs zu allen Mächten fortdauern, und erblickt insbesondere in der sorgfältigen Pflege und der weiteren Entwickelung der freundschaftlichen Beziehungen zum deutschen Reiche eine mächtige Bürgschaft für die zur Wiederbelebung des Erwerbes und des Wohlstandes unentbehrliche Erhaltung des Friedens. Das Abgeordnetenhaus betrachtet die Pflege unserer wirthschaftlichen Beziehungen zu den Nachbarstaaten und die Erzielung guter commerzieller Verbindungen neben der Erhaltung des Friedens als die fruchtbarste Mission der auswärtigen Politik und erblickt daher namentlich in der Wiedererlangung und fortschreitenden Entwickelung unserer handelspolitischen Stellung in allen Theilen der Balkanhalbinsel eine der wichtigsten Aufgaben der Regierung." Diese Worte, welche der Telegraph bereits gestern in fragmentarischer Kürze hervorhob, werden im deutschen Reiche lebhafte Befriedigung hervorrufen.

Die große Nation hat eine durchaus unpolitische Großmuth geübt, indem sie ihre verurtheilten Socialdemokraten zurückberief. Die **französischen** Socialisten erblicken in dieser That, welche von Milde und Verzeihung zeugen sollte, nur ein Zeichen der Schwäche. Sie haben mit der Wahl eines der frechsten unter den Mordpredigern der Commune in den Pariser Gemeinderath und mit Artikeln ihrer Zeitungen geantwortet, die selbst das unerschütterliche Phlegma des Herrn Grevy erregten. Gegenwärtig tagt in Marseille ein socialistischer Arbeitercongreß, welcher jede Fühlung mit der bürgerlichen Demokratie zurückweist und das Proletariat zum Kampfe gegen die Bourgeoisie organisiren will. Ueber der Estrade des Sitzungssaales, auf welcher der Vorstand an mit rothem Sammet bedeckten Tischen sitzt, prangt eine Büste der Marianne (rothen Republik) mit phrygischer Mütze und rother Schärpe; an den Wänden liest man folgende Inschriften: „Keine Rechte ohne Pflichten, keine Pflichten ohne Rechte. — Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. — Der Boden dem Bauer, das Handwerkzeug dem Arbeiter. — Die Arbeit für Alle; Emancipation der Arbeitenden durch die Arbeitenden selbst. — Wissenschaft, Friede, Gerechtigkeit, Einigkeit." — 500 Personen nahmen an der Eröffnungssitzung Theil, worunter 126 Delegirte und Delegirtinnen. Das Präsidium führte der Bürger Durand. Der Congreß soll dem Vernehmen nach nicht weniger als 13 Tage versammelt sein.

Die Rede **Salisbury's** in **Manchester** erscheint nach neueren Nachrichten aus London insofern von großer Bedeutung, als Graf Münster, der deutsche Botschafter in London, der augenblicklich in Hannover weilt und auch in Berlin erwartet wird, den Abend vor seiner Abreise in Hatfield-House, dem Landsitze des Lord Salisbury in Herfordshire, zubrachte. Tags darauf hielt Lord Salisbury seine Rede in Manchester, die in England und ganz Europa ein so großes Aufsehen erregt hat. In genauer Uebereinstimmung mit Dem, was wir selbst über diese Rede bemerkten, schreibt die „Norddeutsche Allgem. Zeitung", Lord Salisbury habe in Manchester sowohl von der Thatsache des Einvernehmens zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn als auch von der Form, in welche dasselbe gekleidet worden, öffentlich in einer Weise gesprochen, welche im Munde des britischen Staatssecretairs des Auswärtigen als Beglaubigung eines historischen Factums erscheinen mußte. Natürlich ist der kalte Wasserstrahl, welchen die letzten diplomatischen Vorgänge nordostwärts versandt haben, nicht ohne sichtbaren Einfluß auf die Haltung der russischen Presse geblieben. Die Rede des Lord Salisbury erweckt wiederum eine unverkennbare Erbitterung in den Petersburger Organen, die sich jedoch ungleich gemäßigter ausnimmt, als die Sprache, die man seither von dort gewohnt war. Der „Golos" bezeichnet die Rede als im höchsten Grade beleidigend für Rußland, während doch der diplomatische Verkehr fortdauere. Das Blatt erkennt zwar an, daß Lord Salisbury für die nächste Wahlcampagne gearbeitet habe, fügt aber hinzu: „Indem wir Dieses constatiren, müssen wir doch wiederholen, daß das uns nicht mit der traurigen Thatsache versöhnen kann, daß es gegenwärtig möglich ist, irgendwo in Europa Rußland öffentlich zu beleidigen."

Wie das „Wolff'sche Telegraphen-Bureau" ausführlich berichtete, hat der **rumänische** Senat den von der Deputirtenkammer revidirten Artikel 7 der Verfassung in der von der Deputirtenkammer beschlossenen Fassung mit 56 gegen 2 Stimmen angenommen. Die Verkündigung des Votums wurde von den Senatoren und dem zahlreich anwesenden Publicum mit großem Enthusiasmus aufgenommen. Alle Redner, welche während der Debatte sprachen, auch die Führer der Opposition, hatten den Entwurf unterstützt. Der von den Revisionskammern genehmigte neue Artikel der rumänischen Verfassung lautet wie folgt:

„Artikel 7. Der Unterschied der Religion bildet kein Hinderniß für die Ausübung der bürgerlichen Rechte. Jede fremde oder in Rumänien geborene Person kann das Indigenat erhalten. Das Indigenatsgesuch hat zu enthalten: den bürgerlichen Stand des Bittstellers, die Profession, welche er ausübt, und das Capital, dessen Besitzer er ist. Wenn nach einer solchen Bitte der Fremde zehn Jahre im Lande wohnt, so können die legislativen Körperschaften ihm das Indigenat bewilligen. Befreit von dieser Aufenthaltsfrist sind jene, welche dem Lande wichtige Dienste geleistet haben, jene, welche große Handelsetablissements gegründet haben und welche in Rumänien geboren und erzogen wurden. Jene, welche während der Kriegszeit unter den rumänischen Fahnen gedient haben, werden durch dieses Gesetz naturalisirt. Das Indigenat kann nur individuell gewährt werden. Nur Rumänen können ländlichen Grundbesitz erwerben. Alle in dieser Beziehung geschlossenen Verträge bleiben in Kraft."

Die zu Bukarest erscheinende „Independencia" glaubt zu wissen, daß die meisten Mitglieder der mit der Regelung der Arabtabia-Frage beauftragten technischen Commission von ihren respectiven Regierungen Instructionen erhielten, dahin gehend, nicht nur zu prüfen, ob es möglich sei, bei Ghirlica eine Brücke über die Donau zu bauen, sondern auch, ob eine solche Brücke in dieser Gegend sich nicht in Abhängigkeit von Arabtabia befände, d. h. ob Rumänien immer über die Straße frei verfügen könnte, welche ihm, falls Arabtabia bei Bulgarien verbleiben sollte, den Zutritt in die neue Provinz Dobrudscha verschaffen muß. So meldet gleichfalls das „W. T.-Bl."

General Roberts beherrscht von **Kabul** aus den größten Theil des afghanischen Gebietes. Seine Centralstellung ermöglicht ihm radiale Vorstöße bei dem Ausbruch neuer Unruhen. So sind jetzt von ihm nach dem Shutargardan englische Truppen in Marsch gesetzt worden. Die Ghilzais haben sich in starker Anzahl vereinigt, man besorgt, daß sich dieselben dem Marsche der Engländer entgegenstellen könnten. Kabul ist ruhig, aber zwischen Khurd Kabul und Djagdallak sammeln sich viele eingeborene Stämme an. General Bright ist in Jellalabad, General Gough in Gundamak angekommen. Die Entwaffnung der Stadt Kabul und des umliegenden Bezirkes schreitet fort. Sämmtliche meuterische Regimenter sind zersprengt. Die Citadelle wird wahrscheinlich vollständig geschleift. Weitere Explosionen haben nicht stattgefunden. Jacub Khan erklärte dem General Roberts gegenüber, er könne die Zerstörung von Balahissar, des ruhmvollen Denkmals seiner Ahnen, nicht billigen und deshalb müsse er abdanken. Was nun? ist noch immer die brennende Frage in Bezug auf die Verwaltung des Landes.

Fast jede Post meldet aus **Süd-Amerika** Gewaltthaten und Greuel. Neuere Nachrichten aus **Columbien** bringen in Betreff der Vorfälle in Bucaramanga einige thatsächlich feststehende Angaben. Leider sind die Ermordeten außer den Spaniern, die erschossen wurden, Deutsche. Der deutsche Consul dort, Herr Schrader, ist aber unverletzt geblieben; dagegen sind die Herren Gölckel und H. Hederich (der erstere von Coburg, der letztere von Bremen) erschossen und Herr Müller aus Lübeck schwer verwundet. Die Ermordung geschah während des Leichenbegängnisses eines angesehenen Eingebornen, an welchem alle den oberen Ständen angehörige Einwohner und Fremde von Bucaramanga theilnahmen. Auf diese Leidtragenden erfolgte aus dem Pöbelhaufen ein Angriff. Es wurde in das Gefolge hineingeschossen und Gölckel und Hederich nebst einigen Columbiern fielen sogleich todt nieder. Darauf begannen die Plünderungen und Zerstörungen in der Stadt. Dem Präsidenten des Staates Santander ist es gelungen, die Ruhe wieder herzustellen.

Auch aus **Westindien** verlautet — wir erinnern noch an den Aufstand in Cuba — wenig Erfreuliches. Aus San Domingo wird gemeldet, daß in Porto Plata und in den nördlichen Provinzen unter Führung des Generals Laperon ein Aufstand gegen den Präsidenten Guillermo ausgebrochen ist. Als Hauptgrund zu der Erhebung wird die Unzufriedenheit mit der Lösung bezeichnet, welche der jüngst erledigten Streitfrage zwischen Haiti und Spanien gegeben worden sei.

Kriele & Klewitz,
Leipzig und **Halle a/S.**
Katharinenstraße 3. Poststraße 8.
Special-Geschäft
für
Teppichfabrikate und Decken.
Anerkannt niedrigste Preise!
Unser Verkaufslocal in Leipzig befindet sich nur Katharinenstrasse No. 3 (Dicht am Markt), im Hause des Hrn. Hoflieferanten Krause

Wolff & Lucius,
No. 11 Thomasgässchen No. 11,
empfehlen
in geschmackvoller reichhaltiger Auswahl folgende angefangene und vorgezeichnete Artikel:
Decken in Congres-Canevas, Damast, glatt Leinen, Java-Leinen, Crêpe-Zwirn, Tüll etc.
Arbeitstaschen, Wandtaschen, Nachttaschen, Tüchertaschen, Schuhtaschen, Schlittschuhtaschen, Necessaire, Journalmappen, Frisurbeutel, Wäschbeutel, Wäschbänder, Wäschrollen, Hemdenausschnitte, Untertaillen, Schürzen, Kinderkleider etc.
Ferner vom **Stück:** Congres-Canevas, baumwollen und leinen Java, Tüll, französisches Leinen glatt und à jour, Waffelstoff etc, dazu Stickgarn und Persische Wolle.
In **Filet-Guipir:** Bett- und Tischdecken, Gardinen, Carrés, Spitzen und Einsätze.

Stickereien auf Tuch,
Sammet, Seide, Leder, Leinen ꝛc, fertig, angef. oder nur vorgez. in jedem Genre empf. in Original-Dessins zu Engros-Preisen die Stickerei-Manufactur von
A. M. Schäfer, Leipzig, Waldstrasse 46,
NB. Directe Bezugquelle für Wiederverkäufer. Gut erhaltene Reisemuster zu und unter dem Fabrikationspreis. Aufträge jeder Art finden sofortige Erledigung.

Zimmerschmuck.
Sculpturen in Biscuit und Elfenbeinmasse, Tafel-Aufsätze und Blumenschaalen, Terracotta-Vasen und Schaalen, Galvanoplastische Gegenstände nach Vorlagen alter Meister, Gerahmte Bilder in Photographie, Schwarz- und Buntdruck, Glasphotographien und Prachtwerke.
Gustav W. Seitz, Kunsthandlung. Carl B. Lorck, Rossplatz Nr. 16, dem Museum gegenüber.